



Im Jahr 1999 ist der Krieg nach Europa zurückgekehrt. Auch für uns war es die Herausforderung dieses Jahres, auf

einen Krieg zu reagieren, der in der Öffentlichkeit als Krieg für die Menschenrechte gerechtfertigt wurde, jedoch Gewalt und Vertreibung nicht verhindern konnte, sondern noch zusätzlich schürte. Mit differenzierender Information, mit öffentlichen Aktionen wie Mahnwachen und insbesondere mit der Unterstützung von Friedens- und Menschenrechtsgruppen aus der Konfliktregion versuchte das Friedensbüro vereinfachenden Sichtweisen entgegenzuwirken und auch konkrete Taten zu setzen.

Das Projekt "Gewalt in der Stadt" - ein zweiter Jahresschwerpunkt - war der Problematik des privaten Waffenbesitzes gewidmet und auch Thema der nunmehr bereits 10. Salzburger Friedensgespräche. Im Rahmen einer Unterschriftenkampagne wurden dazu bisher mehr als 6000 Unterschriften gesammelt.

Zu friedenspädagogischen Themen führten wir mehr als 500 Stunden Workshops und Seminare durch. In einem fünfteiligen Methodenseminar vertieften wir unsere spiel- und theaterpädagogischen Zugänge für LehrerInnen und MitarbeiterInnen in der Erwachsenenbildung.

Ein Großteil unserer Workshops widmete sich heuer dem Thema "Konfliktlösung". Bis zum Ende des Jahres haben bereits mehr als 50 Personen einen Grundkurs in "Gemeinschaftsbasierender Konfliktlösung" absolviert, mehr als 600 haben allein 1999 an einem der Workshops teilgenommen.

Nicht zuletzt ist unser Engagement im Bereich der Österreichischen Friedensdienste zu nennen. Unser Schwerpunkt war heuer die Betreuung eines Frauenprojektes in Skopje.

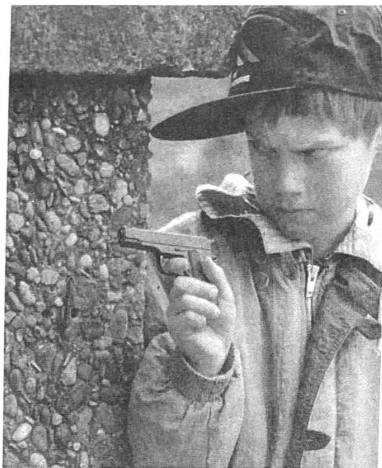
Wir wünschen uns ein weiteres produktives Arbeitsjahr und freuen uns auf Ihre/Deine Mitarbeit.

Hans Peter Graß

Das Phänomen Privater Waffenbesitz

Das Friedensbüro als Anreger einer konstruktiven Debatte

"Sie haben nicht das Recht, mir mein Sicherheitsgefühl abzusprechen!" schrieb uns ein erboster Waffenbesitzer. Das haben wir nicht getan. Aber das Jahresthema des Friedensbüros ging vielen an den Nerv. Es war der Versuch, in eine polarisierte Diskussion Differenzierungen einzubringen. Und es war der Versuch eines Spagates: zwischen klarer Positionierung und vermittelndem Dialog. Von Ingo Bieringer



Bei der Planung eines Jahresprojekts ist man in der Regel um Aktualität bemüht. An aktuellen Themen mangelt es einem Friedensbüro - das entbehrt nicht einer gewissen Tragik - wahrscheinlich nie. Selten noch haben wir aber ein Thema gewählt, das so an den Nerv ging wie jenes 1999: die Diskussion um privaten Waffenbesitz.

Ausgelöst durch mehrere tragische „Unfälle“ mit Waffen, durch eine Reihe sog. Amokläufe und Familientragödien, bei denen Menschen erschossen wurden, rückte das Phänomen, privat Waffen besitzen zu dürfen, in der Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen. Diese sind im allgemeinen geprägt von Entweder-Oder-Positionen: Entweder für eine Verschärfung (man sollte richtigerweise sagen: Entschärfung) des Waffengesetzes. Oder für eine Beibehaltung bzw. Lockerung des Gesetzes.

Das Friedensbüro hat es sich zum Anliegen gemacht, für einen Dialog zwischen Vertretern der beiden Positionen einzutreten - und das bei klarer Positionierung, nämlich für ein weitestgehendes Verbot privaten Waffenbesitzes. Dieser Klarstellung wollten wir uns nicht enthalten. Wir

wollten jedoch auch nicht über die massiv geäußerten Bedenken und Befürchtungen der „Gegenseite“ hinwegsehen. Und wir wollten v.a. auch Möglichkeiten aufzeigen, wie das Thema hinsichtlich gewaltpräventiver Ansätze diskutiert werden kann. Zwischen Positionierung und Dialog - ein Spagat.

10. Salzburger Friedensgespräche

Die 10. Salzburger Friedensgespräche können als gelungenes Beispiel gesehen werden, diesen Spagat zu wagen. Viele Waffenbesitzer und Vertreter der IÖW (Interessensgemeinschaft Liberales Waffenrecht in Österreich) aus ganz Österreich nahmen an der Tagung teil. In der halböffentlichen Atmosphäre der Tagung konnten die unterschiedlichen Meinungen etwas „bedenkenloser“ geäußert werden als etwa im Rahmen einer Podiumsdiskussion. Der Eröffnungsvortrag der Psychoanalytikerin Rotraud Perner beleuchtete psychische und kulturelle Hintergründe. Sie diskutierte die z.T. sehr diffuse Ängste, von „den Kriminellen“ überfallen zu werden und die damit verbundene „Notwendigkeit“, sich selbst zu verteidigen bzw. zu bewaffnen.

Man solle sich endlich von der Vorstellung trennen, so Perner, dass der Räuber/Mörder/Vergewaltiger - also das Phantom des stark strapazierten „Kriminellen“ - hinterm Busch lauern würde. Nirgends sei die Wahrscheinlichkeit - v.a. für Kinder und Frauen - so hoch, Opfer eines Gewaltverbrechens zu werden wie in den eigenen vier Wänden. Perner stellte auch friedenspädagogische und gewaltpräventive Forderungen. Der Grundstein für Diskussionen war gelegt. Udo Jesionek, Präsident des Jugendgerichtshofes Wien, plädierte im zweiten Vortrag für eine „Verschärfung“ des Waffenrechtes.

Womit natürlich keineswegs sichergestellt sei, dass Gewalt generell verhindert werden könne. Kulturell käme einer Änderung der Gesetze jedoch enorme Bedeutung bei. Man solle mit der Änderungen von Gesetzen nicht warten, bis „alle Engel“ seien, sondern vielmehr mit Gesetzesänderungen Verhaltens- und Denkweisen aktiv zu ändern versuchen. Damit war der Kreis zum Vortrag von Rotraud Perner geschlossen: Handeln, das auf Gewalt verzichtet, sollte positiv sanktioniert und klargestellt werden, was eine Gesellschaft nicht nur als legal, sondern auch als legitim erachtet.

In den Arbeitskreisen wurde zu drei zentralen Aspekten diskutiert. Einmal wurde versucht, die Zusammenhänge zwischen Männlichkeit und der Faszination für Waffen zu hinterfragen. Zudem wurde über das Verhältnis zwischen dem Gewaltmonopol und der gesetzlichen Regelung des privaten Waffenbesitzes diskutiert. Und schließlich wurden in einem Arbeitskreis Möglichkeiten präsentiert, wie man Konflikte (etwa in der Schule) erkennen und (als LehrerIn) deeskalierend handeln kann. Gerade die in diesem Arbeitskreis vorgestellten Strategien zur Deeskalation sind von besonderer Bedeutung. Wie sehr hier Vorstellungen aufeinanderprallen wird durch den Einwand eines Waffenbesitzers deutlich. Hinsichtlich einer gewaltpräventiven Schul- und Streitkultur scheint er uns nicht zielführend: „Experten glauben durchaus, dass Kriminelle jetzt aktiver sind, da das Risiko, einem bewaffneten und verteidigungsfähigen Hausbesitzer gegenüberzustehen, jetzt nahezu Null ist... oder denken Sie einfach einmal die Amokläufe an amerikanischen Schulen unter dem Aspekt durch, dass ein oder mehrere Lehrer dieser Schule bewaffnet gewesen wären und die Kriminellen hätten aufhalten können..?!!!“

Verteidigung hegemonialer Männlichkeit?

Die anwesenden „Waffenlobbyisten“ - es waren tatsächlich nur Männer! - schätzten ausdrücklich den Diskussionsstil und die Atmosphäre der Tagung. Zu inhaltlichen Annäherungen kam es freilich nicht. Der australische Soziologe Robert Connell schreibt in seinem letzten Buch (1) „Die Waffenvereinigungen sind in ihrem Stil ganz von traditioneller Männlichkeit geprägt. Waffen- oder Jagdzeitschriften stecken ihre Photomodelle in Stiefel und karierte Hemden, um deren Männlichkeit zu betonen. Die Waffen-Lobby muß sich nicht groß um die Schlußfolgerung bemühen, dass Politiker, die uns unsere Waffen wegnehmen wollen, uns die Männlichkeit rauben. Sowohl symbolisch als auch praktisch bedeutet die Verteidigung des Waffenbesitzes die Verteidigung hegemonialer Männlichkeit“ (S. 233 f). Diese Männer fühlen

sich als „kleine Männer“, irgendwie bedroht, irgendwie benachteiligt, irgendwie in ihrer (realen? phantasierten?) Macht gefährdet. Aus einem an uns gerichteten e-mail: „Wenn man nicht mehr imstande ist, das eigene Volk zu schützen, läßt man sich den Frust am gesetzestreuem Bürger aus“.

Das kam auch in vielen mails zum Ausdruck, die wir als Reaktion auf die aktive Teilnahme des Friedensbüros an der Unterschriftenaktion „Waffen weg!“ erhielten. Vom Vorwurf der Naivität („Glaubt ihr denn wirklich, dass es dann keine Gewalt mehr gibt?“) bis hin zu Beschimpfungen reichten die Reaktionen. Jedoch kamen vornehmlich positive Reaktionen: mehr als 6000 Menschen unterschrieben bisher in Stadt und Land Salzburg die Forderung an den Nationalrat, privaten Waffenbesitz bis auf wenige Ausnahmen zu verbieten.

Die Diskussion muss weitergehen

Wie schwierig es ist, über dieses Thema differenziert zu sprechen, zeigte sich bei einer Aufzeichnung der Fernsehsendung „Treffpunkt in Salzburg“ im November. Der Moderator wies den geladenen Diskussionsteilnehmern ihre Funktionen zu. Der Waffenhändler als Lobbyist, der Polizeijurist als sachlicher Rechtsexperte, der Polizeisprecher aus Bad Reichenhall als Betroffenenberichterstatte und schließlich der Vertreter des Friedensbüros als (wörtlich) „Scharfmacher“. Auf meinen Einwand, dass ich diese Erwartung nicht erfüllen würde und einen anderen Zugang hätte, reagiert er nicht direkt, wohl aber indirekt: die letzten 30 Sendesekunden gehörten mir... Klarheit, keine Zweifel, keine Subtilität, inhaltliche Schnappschüsse. Mediale Berichterstattung als Teil der alltäglichen Schieß-Kultur (2).

Die Diskussion ist eröffnet und sollte unter verschiedensten Gesichtspunkten weitergeführt werden. Der eingangs zitierte Einwand des Waffenbesitzers, dass niemand das Recht habe, ihm sein Sicherheitsgefühl abzusprechen, hat Berechtigung. Das Phantom des „kleinen Mannes“ steht seit längerer Zeit im (politischen) Raum: Ängste und die Gefühle, benachteiligt zu werden, „zu kurz“ zu kommen oder „unter die Räder“ zu kommen, müssen nicht neurotisch sein, sie sind teilweise auch real und wollen als solche ernst genommen werden.

(1) Robert W. Connell: *Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten*. Opladen 1999

(2) Bernhard Rathmayr: *Vom Leben in der Schießgesellschaft*. In: *Der Standard*, Mai 1997

10. Salzburger Friedensgespräche



Die Psychotherapeutin Rotraud Perner ...



... und der Leiter des Jugendgerichtshofes Wien, Udo Jesionek, bei der Friedensbürfachtagung „Privater Waffenesitz“



Ingo Bieringer war Leiter des Projektes „Privater Waffenbesitz“